

A-8NEU Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 4.(A) Ökologisch (Projekte)

616 Wir wollen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht ausschließen. Spätestens mit dem Auskohlen
617 der bestehenden Tagebaue muss mit der Braunkohleverstromung in Brandenburg Schluss sein. Bis dahin
618 wollen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die
619 anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die
620 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit
621 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
622 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde
623 gegenüber der LEAG festzusetzen. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir gemeinsam mit dem Bund
624 und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz verhandeln, um die
625 Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.

626 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis aus Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
627 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
628 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
629 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
630 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
631 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen und die Kommunikation
632 und Öffentlichkeitsarbeit.